

Bürgerinitiative Bahngelände Friedenau – 100% Grün

c/o Jörg Schönitz
Bennigsenstrasse 19
12159 Berlin

Berlin, 28.11.2015

An die
Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt
Frau Senatsbaudirektorin Regula Lüscher
Am Köllnischen Park 3

10179 Berlin

Nachnutzung des Bahngeländes in Friedenau am Innsbrucker Platz

Sehr geehrte Frau Lüscher,

am 23. November 2015 fand in der 54. Sitzung des Baukollegiums eine Beratung zum Thema "Wohnungsbau ehem. Wilmerdorfer Güterbahnhof" statt, an der auch die Bürgerinitiative Bahngelände Friedenau – 100% Grün teilnehmen wollte.

Als Teilnahmevoraussetzung wurde von unserem Delegierten eine schriftliche Verschwiegenheitserklärung verlangt, die dieser nicht abgeben konnte, da er damit der Bürgerinitiative von der Sitzung und den Beschlüssen des Baukollegiums nicht hätte berichten können.

Das als beratend angedachte Baukollegium reduziert damit die Veranstaltung zu einem Selbstzweck, indem es Einwände der Vorhabensbetroffenen, in diesem Fall der Bürgerinitiative Bahngelände Friedenau – 100% Grün“ unbeachtet läßt. Wir haben in dieser Sitzungspraxis den Eindruck, dass allein die Durchsetzung und Beförderung baupolitischer Ziele verfolgt werden, in der das soziale und gesundheitliche Bürgerwohl keine Berücksichtigung findet.

Sehr geehrte Frau Lüscher, wir nehmen an, dass Ihnen das Projekt „Wohnungsbau ehem. Wilmerdorfer Güterbahnhof“ bisher offenbar nicht bekannt war. Es wurde seinerzeit von der örtl. SPD, BVV und Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg unter offenkundig außergewöhnlichen Umständen auf den Weg gebracht.

Am 10. September 2007 beantragten die Bezirksverordneten Elke Ahlhoff, Andreas Baldow und die weiteren Mitglieder der SPD-Fraktion, den ehemaligen Güterbahnhof zu bebauen. Ohne jegliche Prüfung von Voraussetzungen „wolle die Bezirksverordnetenversammlung beschließen“ das „Bezirksamt aufzufordern, für den ehemaligen Güterbahnhof Wilmersdorf Bebauungspläne gemäß AGBauGB aufzustellen“.

Bemerkenswert ist, dass Andreas Baldow (SPD*) im Aufsichtsrat der GeWoSüd Genossenschaftliches Wohnen Berlin-Süd eG sitzt und Elke Ahlhoff, die seinerzeit auch die Bebauung des Tempelhofer Gaswerkgeländes für gut befunden hatte, da es „eine eigenständige Baustruktur, neue Identitäten und Wahrnehmungswirkungen hervorrufen wird“, inzwischen als SPD-Fraktionsvorsitzende „aus privaten Gründen“ zurückgetreten ist.

Noch bevor das Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg und seine Stadträtin für Stadtentwicklung Dr. Sibyll Klotz hätte agieren dürfen, hätte die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt erkennen müssen, dass es sich hier um ein „Projekt von gesamtstädtischer Bedeutung“ handelt.

Nach den Kriterien des Baukollegiums wird mit den Bauplänen für das Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs Wilmersdorf eine Größenordnung von 2000 m² Nutzfläche weit überschritten, die in besonderer Form in die Historie der Stadt und des Ortsteils Friedenau eingreift.

Da das Bezirksamt die „gesamtstädtische Bedeutung“ bisher nicht erkannt hat, bedarf das Projekt ohne Zweifel „eines qualifizierten Verfahrens mit fachlicher Beratung“.

Jetzt, nach den Einwänden der vielstimmigen „Bürgerinitiative Bahngelände Friedenau – 100% Grün“ wurde offensichtlich auch der Senatsverwaltung deutlich, dass es beim Schöneberger Verfahren Anzeichen dafür gibt, dass die Umsetzung der bisherigen Planungsergebnisse grundlegend „gefährdet“ ist. Die Senatsverwaltung hat offensichtlich spät erkannt, dass „Voraussetzungsprüfung und Neubeurteilung erforderlich ist“ – bisher unter Ausschluß der Argumente der Bürgerinitiative.

Im Baukollegium beraten neben der Senatsbaudirektorin fünf unabhängige Experten über einzelne Projekte und städtebauliche Planungen von besonderer Bedeutung. Die Bürgerinitiative Bahngelände Friedenau – 100% Grün bezweifelt, dass es sich hier um tatsächlich „unabhängige“ Experten handelt.

Diese „unabhängigen Experten“ sind seit Jahren über diverse eigene Architekturbüros mit dem Baugeschehen in Berlin verbunden. Dazu kommt, dass die in Städtebau und Landschaftsarchitektur nachhaltig tätige „Wiechers Beck Gesellschaft von Architekten mbH“ im Auftrag der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt auch die Geschäftsstelle des Baukollegiums Berlin leitet.

An den Beratungen des Baukollegiums nehmen neben den jeweilig zuständigen Bezirksstadträten und deren Verwaltungen“ auch Bauherren, Investoren, Architekten teil, nicht aber Wohnumfeldbetroffene oder eine Bürgerinitiative, die Gegebenheiten und Fakten für einen Freiflächenerhalt vertritt (Defizit wohnungs- und siedlungsnahen Grüns, klimatologische Freiflächenbedeutung u.a.)

* seit 2010 Mitglied der CDU (Anmerkung eingefügt am 15.01.2016)